

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1963

Ausgegeben am 30. Dezember 1963

90. Stück

- 326.** Bundesgesetz: 2. Einkommensteuernovelle 1963.
327. Bundesgesetz: Neuerliche Abänderung des Grundsteuergesetzes 1955.
328. Bundesgesetz: Bedeckung des zusätzlichen Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1963 sowie des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1964.
329. Bundesgesetz: Abänderung und Ergänzung des 1. Verstaatlichungs-Organisationsgesetzes.
330. Bundesgesetz: Abänderung des Privatbahnunterstützungsgesetzes 1959.
331. Verordnung: Abänderung der Verordnung, durch die die Aus- und Einfuhr bestimmter Waren von der Bewilligungspflicht nach dem Außenhandelsgesetz befreit wird.
332. Verordnung: Ausgabe von Scheidemünzen zu 50 Schilling.
333. Verordnung: Neuerliche Erstreckung der im § 25 Abs. 4 der Eisenbahn-Kreuzungsverordnung 1961 bestimmten Frist.
334. Verordnung: Änderung der Geschäftsordnung für die Gerichte I. und II. Instanz.
335. Verordnung: 7. Änderung der Arzneitaxe.
336. Kundmachung: Rechtspersönlichkeit des Evangelischen Jugendwerks in Österreich.
337. Kundmachung: Verlautbarung des Abkommens zwischen der Österreichischen Regierung und der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) über das Europäische Sozialwissenschaftliche Koordinations- und Dokumentationszentrum in Wien.

326. Bundesgesetz vom 12. Dezember 1963, mit dem das Einkommensteuergesetz 1953 abgeändert wird (2. Einkommensteuernovelle 1963).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Einkommensteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 1/1954, in der geltenden Fassung wird in nachstehender Weise geändert:

1. Im § 9 ist der bisherige Wortlaut als Abs. 1 zu bezeichnen. Als Abs. 2 und Abs. 3 werden angefügt:

„(2) Die Hälfte der Bezüge, die Bürgermeister, Vizebürgermeister (Bürgermeister-Stellvertreter) oder Stadträte (amtsführende Gemeinderäte) in dieser Eigenschaft erhalten, mindestens aber ein Betrag von 10.800 S jährlich, ist ohne besonderen Nachweis als Werbungskosten anzuerkennen, soweit die genannten Bezüge die Entschädigungen eines Mitgliedes des Nationalrates nicht übersteigen. Dies gilt auch für Bezirksvorsteher (Stellvertreter) der Stadt Wien. Die ohne besonderen Nachweis anzuerkennenden Werbungskosten sind mit einem Fünftel der Bezüge höchstens aber mit 18.000 S jährlich begrenzt, wenn die genannten Personen gleichzeitig steuerfreie Bezüge nach § 3 Abs. 1 Z. 10 oder Z. 11 beziehen. Über-

steigen die Werbungskosten die Bezüge im Sinne dieses Absatzes, so darf der übersteigende Betrag bei der Ermittlung des Einkommens nicht ausgeglichen werden (§ 2 Abs. 2).

(3) Die bei Ausübung von nicht im Abs. 2 genannten Funktionen im Sinne des § 22 Z. 4 entstehenden Werbungskosten sind ohne besonderen Nachweis in Höhe von 50 v. H. der insgesamt empfangenen Vergütungen, mindestens aber mit 10.800 S und höchstens mit 18.000 S jährlich, jedoch nicht mit einem höheren Betrag als dem Betrag der insgesamt empfangenen Vergütungen anzuerkennen. Werden Funktionen nicht während eines vollen Kalenderjahres ausgeübt, ermäßigen sich die angeführten Beträge entsprechend der Anzahl der Kalendermonate, in denen die Funktionen ausgeübt wurden. Der Pauschbetrag für Werbungskosten nach Abs. 2 ist auf den Pauschbetrag nach diesem Absatz anzurechnen.“

2. Im § 22 wird als Z. 4 eingefügt:

„4. Funktionsgebühren der Funktionäre von öffentlich-rechtlichen Körperschaften (§ 9 Abs. 2 und Abs. 3).“

Artikel II.

Die Bestimmungen des Artikels I sind bei den Veranlagungen der Kalenderjahre 1963 und 1964

und auf alle noch nicht rechtskräftig veranlagten Fälle der Veranlagungen früherer Kalenderjahre anzuwenden.

Artikel III.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen betraut.

Gorbach Schärf Korinek

327. Bundesgesetz vom 12. Dezember 1963, mit dem das Grundsteuergesetz 1955 neuerlich abgeändert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

§ 29 Abs. 3 des Grundsteuergesetzes 1955, BGBl. Nr. 149, hat zu lauten:

„(3) Im Falle einer Hauptveranlagung der Grundsteuermeßbeträge oder in den Fällen, in denen innerhalb eines Hauptveranlagungszeitraumes ein neuer Steuerbescheid zu erlassen ist (§ 28), hat der Steuerschuldner bis zur Zustellung des neuen Steuerbescheides zu den Fälligkeitszeitpunkten gemäß Abs. 1 und 2 entsprechende Vorauszahlungen unter Zugrundelegung des zuletzt festgesetzten Jahresbetrages zu entrichten. Ändert sich der Hebesatz (§ 27) für das mit dem Hauptfeststellungszeitpunkt beginnende Kalenderjahr um mindestens 10 v. H. des zuletzt festgesetzten Hebesatzes, so kann der Vorauszahlungsbetrag unter Zugrundelegung des zuletzt gültigen Grundsteuermeßbetrages und des geänderten Hebesatzes festgesetzt werden. Der festgesetzte Vorauszahlungsbetrag gilt auch für die folgenden Kalenderjahre bis zur Zustellung des neuen Steuerbescheides.“

Artikel II.

(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1963 in Kraft. Für das Kalenderjahr 1963 können in Anwendung der im Art. I vorgesehenen Bestimmungen Vorauszahlungsbeträge rückwirkend festgesetzt werden.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen betraut.

Gorbach Schärf Korinek

328. Bundesgesetz vom 12. Dezember 1963, betreffend die Bedeckung des zusätzlichen Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1963 sowie des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1964.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

(1) Das Bundesministerium für Finanzen wird ermächtigt, dem Milchwirtschaftsfonds (Markt-

ordnungsgesetz, BGBl. Nr. 276/1958) zur Bedeckung des durch die Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben im Jahre 1963 entstandenen, durch den Zuschuß nach dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 177/1963 von 347,5 Millionen Schilling nicht gedeckten Abganges im Jahre 1963 einen weiteren Zuschuß von 32 Millionen Schilling zu gewähren.

(2) Der Zuschuß gemäß Abs. 1 ist zu Lasten des finanzgesetzlichen Ansatzes Kapitel 18 Titel 10 § 3 „Milchpreisausgleich“ unter der Post 30 „Zuschuß zum Gebarungsabgang des Milchwirtschaftsfonds“ zu verausgaben. Die budgetmäßige Bedeckung für diese Ausgabe ist bei Kapitel 18 Titel 9 „Brotgetreidepreisausgleich“ zu finden.

Artikel II.

(1) Das Bundesministerium für Finanzen wird ermächtigt, dem Milchwirtschaftsfonds (Marktordnungsgesetz, BGBl. Nr. 276/1958) zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben im Geschäftsjahr 1964 einen Zuschuß zu gewähren, dessen Höhe durch den Betrag bestimmt wird, um den die Summe der vom Milchwirtschaftsfonds in diesem Geschäftsjahr gemäß §§ 6 und 7 Abs. 3 des Marktordnungsgesetzes gewährten Zuschüsse und Transportkostenvergütungen die Summe der im gleichen Zeitraum an den Milchwirtschaftsfonds gemäß §§ 4, 5 und 7 Abs. 1 und 2 des Marktordnungsgesetzes entrichteten Preisausgleichsbeiträge und Transportausgleichsbeiträge übersteigt.

(2) Der Zuschuß gemäß Abs. 1 darf den Gesamtbetrag von 392,3 Millionen Schilling nicht übersteigen. Er ist zu Lasten des finanzgesetzlichen Ansatzes Kapitel 18 Titel 10 § 3 „Milchpreisausgleich“ unter der Post 30 „Zuschuß zum Gebarungsabgang des Milchwirtschaftsfonds“ zu verausgaben und zu bedecken.

Artikel III.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Finanzen betraut.

Gorbach Schärf Korinek

329. Bundesgesetz vom 12. Dezember 1963, womit das Bundesgesetz vom 11. Juli 1963, BGBl. Nr. 208, über organisatorische Maßnahmen im Bereich der verstaatlichten Unternehmungen (1. Verstaatlichungs-Organisationsgesetz) abgeändert und ergänzt wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Bundesgesetz vom 11. Juli 1963, BGBl. Nr. 208, über organisatorische Maßnahmen im

Bereich der verstaatlichten Unternehmungen (1. Verstaatlichungs-Organisationsgesetz) wird abgeändert und ergänzt wie folgt:

1. § 3 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Soweit diese Zuwendungen die Verlustdeckung übersteigen, sind sie zu einer Kapitalerhöhung oder zur Stärkung der Rücklagen der Hütte Krems Gesellschaft m. b. H. zu verwenden.“

2. § 4 hat zu lauten:

„§ 4. (1) Der Übergang von Rechten nach den §§ 1 und 2 und die im § 3 angeführten Maßnahmen sowie die zur Durchführung dieser Bestimmungen erforderlichen Rechtsgeschäfte, Schriften und Amtshandlungen unterliegen keiner bundesrechtlich geregelten Abgabe mit Ausnahme der Kapitalverkehrssteuer.

(2) Der beim Übergang des Vermögens nach § 2 sich ergebende Gewinn unterliegt nicht den Steuern von Einkommen und Ertrag.“

Artikel II.

Mit der Vollziehung des Artikels I Z. 1 ist das Bundesministerium für Finanzen, mit der Vollziehung des Artikels I Z. 2 sind das Bundesministerium für Justiz und das Bundesministerium für Finanzen betraut.

Gorbach Schärf
 Korinek Broda

330. Bundesgesetz vom 12. Dezember 1963, mit dem das Privatbahnunterstützungsgesetz 1959 abgeändert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Privatbahnunterstützungsgesetz 1959, BGBl. Nr. 286 aus 1958, wird wie folgt abgeändert:

1. Der Abs. 1 des § 4 hat zu lauten:

„§ 4. (1) Wenn ein im § 2 Abs. 1 genanntes Unternehmen einen so hohen Betriebsabgang aufweist, daß die vorübergehende oder dauernde Einstellung des ganzen oder eines Teiles des Verkehrs einer Eisenbahn (eines Streckenteiles) bewilligt werden könnte, hat das Bundesministerium für Finanzen auf die Einhebung der Beförderungssteuer, des Erbschaftssteueräquivalents, der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital, der Bundesgewerbesteuer, der Körperschaftssteuer, der Vermögenssteuer, der Sondersteuer vom Vermögen und der auf diese Abgaben entfallenden Stundungszinsen zu

verzichten, wenn dadurch allein oder in Verbindung mit anderen Maßnahmen die Betriebs-einstellung vermieden werden kann.“

2. Im § 6 Abs. 1 hat der zweite Satz zu lauten:

„Es tritt mit 31. Dezember 1968 außer Kraft.“

Artikel II.

Die Zuständigkeit zur Vollziehung dieses Bundesgesetzes bestimmt sich nach § 7 des Privatbahnunterstützungsgesetzes 1959.

Gorbach Schärf
 Korinek Probst

331. Verordnung der Bundesregierung vom 3. Dezember 1963, mit der die Verordnung der Bundesregierung vom 17. Juli 1962, durch die die Aus- und Einfuhr bestimmter Waren von der Bewilligungspflicht nach dem Außenhandelsgesetz befreit wird, abgeändert wird.

Auf Grund des § 3 Abs. 2 lit. a des Außenhandelsgesetzes, BGBl. Nr. 226/1956, in der Fassung der Außenhandelsgesetznovelle 1958, BGBl. Nr. 163, der Außenhandelsgesetznovelle 1959, BGBl. Nr. 284, der Außenhandelsgesetznovelle 1961, BGBl. Nr. 313, der Außenhandelsgesetznovelle 1962, BGBl. Nr. 198, und der Außenhandelsgesetznovelle 1963, BGBl. Nr. 80, wird mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates verordnet:

Artikel I.

Die Verordnung der Bundesregierung vom 17. Juli 1962, durch die die Aus- und Einfuhr bestimmter Waren von der Bewilligungspflicht nach dem Außenhandelsgesetz befreit wird, BGBl. Nr. 238, wird abgeändert wie folgt:

1. Die §§ 2, 3 und 4 entfallen.
2. § 5 erhält die Bezeichnung § 2.
3. Die §§ 6 und 7 entfallen.
4. § 8 erhält die Bezeichnung § 3 und hat zu lauten:

„Diese Verordnung verliert ihre Wirksamkeit mit Ablauf des 31. Dezember 1965.“

Artikel II.

Diese Verordnung tritt am 31. Dezember 1963 in Kraft.

Gorbach Pittermann Olah Broda
Drimmel Proksch Korinek Hartmann
 Bock Probst Schleinzner

332. Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 5. Dezember 1963 über die Ausgabe von Scheidemünzen zu 50 Schilling.

Auf Grund des § 1 des Scheidemünzengesetzes 1963, BGBl. Nr. 178, werden ab 27. Jänner 1964 im Wege der Oesterreichischen Nationalbank Scheidemünzen zu 50 S mit folgender Ausstattung ausgegeben werden:



← * * * → F U E N F Z I G S C H I L L I N G

Die Münzen sind aus einer Legierung von 900 Tausendteilen Silber und 100 Tausendteilen Kupfer hergestellt; sie haben einen Durchmesser von 34 mm und ein Rauhgewicht von 20 g, enthalten somit 18 g Feinsilber. Abweichungen hiervon dürfen im Feingehalt $\frac{5}{1000}$ und im Gewicht $\frac{10}{1000}$ nicht übersteigen. Die eine Seite zeigt einen Skispringer vor einer Gebirgslandschaft sowie die fünf olympischen Ringe und die Umschrift „IX. Olympische Winterspiele 1964 Innsbruck“. Die andere Seite zeigt in der Mitte die Zahl „50“, darunter zwei Lorbeerzweige und das Wort „Schilling“, umgeben von den Wappen der neun Bundesländer und der Umschrift „Republik Österreich“. Beide Seiten der Münze sind von einer erhöhten Randleiste umrahmt. Der Rand der Münze ist glatt und trägt die vertiefte Inschrift „Fuenfzig Schilling“.

Die Münzen sind bei allen Kassen des Bundes und der übrigen Gebietskörperschaften sowie ihrer Betriebe und im Privatverkehr ohne Begrenzung zum Nennwert in Zahlung zu nehmen. Von den Kassen der Oesterreichischen Nationalbank sind sie in unbeschränkter Menge, von den Bundeskassen nach Maßgabe der verfügbaren Kassenbestände gegen Banknoten umzuwechseln.

Korinek

333. Verordnung des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft vom 9. Dezember 1963, womit die im § 25 Abs. 4 der Verordnung des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft vom 21. Dezember 1960 über die Sicherung und Benützung schienengleicher Eisenbahnübergänge (Eisenbahn-Kreuzungsverordnung 1961), BGBl. Nr. 2/1961, bestimmte Frist neuerlich erstreckt wird.

Auf Grund des Eisenbahngesetzes 1957, BGBl. Nr. 60, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 113/1963, wird im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau verordnet:

Die im § 25 Abs. 4 der Verordnung des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft vom 21. Dezember 1960, BGBl. Nr. 2/1961, über die Sicherung und Benützung schienengleicher Eisenbahnübergänge (Eisenbahn-Kreuzungsverordnung 1961) vorgesehene Frist wird bis zum 31. Dezember 1964 erstreckt.

Probst

334. Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 12. Dezember 1963 über die Änderung der Geschäftsordnung für die Gerichte I. und II. Instanz.

Auf Grund des § 17 des Gerichtlichen Einbringungsgesetzes 1962, BGBl. Nr. 288, wird verordnet:

Artikel I.

Die Geschäftsordnung für die Gerichte I. und II. Instanz, in der Fassung der Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 9. Mai 1951, BGBl. Nr. 264, wird geändert wie folgt:

1. Alle Bestimmungen über die Überwälzung von Postgebühren auf die Empfänger von Sendungen der Gerichte und der in § 201 Abs. 1 genannten Stellen werden aufgehoben; insbesondere werden aufgehoben § 202, § 206 Abs. 3 Z. 2 und 3 sowie § 220 Abs. 2 erster Satz zweiter Halbsatz.

2. Die Formblätter für Rückscheinbriefe und Rückscheinkartenbriefe GeoForm. Nr. 30 und 31 (§ 138) werden aufgelassen.

3. Hinweise auf die aufgehobenen Bestimmungen in anderen Vorschriften der Geschäftsordnung entfallen.

Artikel II.

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 1964 in Kraft.

Broda

335. Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 13. Dezember 1963, womit die Österreichische Arzneitaxe 1962, BGBl. Nr. 128, neuerlich abgeändert wird (7. Änderung der Arzneitaxe).

Auf Grund des § 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 1906, RGBl. Nr. 5/1907, betreffend die Regelung des Apothekenwesens, wird verordnet:

Die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 10. April 1962, BGBl. Nr. 128 (Österreichische Arzneitaxe 1962), in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 264/1963, wird abgeändert wie folgt:

Artikel I.

In der Anlage B werden die Preisansätze der nachstehend angeführten Arzneimittel wie folgt festgesetzt:

Arzneimittel:

	Gramm	Groschen
Acidum nitricum fumans (DAB. 6)	10	215
Acidum oleicum	10	115
Acidum phosphoricum concentratum	10	70
Acidum sulfanilicum (Ergb. 6) ..	1	60
• Acidum trichloraceticum	1	35
• Aetheroleum Lavandulae	1	50
• Aetheroleum Pini abietis *) ..	1	55
• Aetheroleum Rosmarini	1	25
• Aetheroleum Thymi	1	70
Argentum aceticum	0'1	60
Barium sulfuricum	100	370
Benzylum benzoicum	10	215
Bismutum oxyjodogallicum (DAB. 6)	1	115
• Calcaria usta (DAB. 6)	100	650
• Ceratum Cetacei (Ergb. 6) ...	10	255
• Chinidinum hydrochloricum *)	1	380
• Chininum bisulfuricum	1	130
• Chlorophyllum spissum (fett- und ätherlöslich *)	1	275
Cocainum hydrochloricum ..	0'1	470
Coffeinum citricum	1	35
Collyrium Argenti acetici	10	110
Colophonium	100	345
Cortex Condurango	10	90
• Cortex Frangulae	10	75
• Cortex Quercus (pulv.)	100	250
Cuprum sulfuricum	10	110
• Emetinum hydrochloricum ..	0'01	230
• Extr. Frangulae fluidum	10	1410
• Extr. Hippocastani fluidum *)	10	150
• Flos Bellidis *)	10	55
• Flos Caryophylli	10	225
• Flos Chamomillae vulgaris ..	10	310
• Flos Farfarae (Ergb. 6)	10	85
• Folium Althaeae	10	35
• Folium Theae nigrae *)	10	300
• Folium Uvae-ursi	10	45
• Folium Vitis-idaeae	10	60
• Fructus Anisi stellati	10	125
• Fructus Cardamomi	1	80
• Fructus Juniperi	10	40
• Fructus Myrtilli	10	185
• Fructus Piperis nigri	10	195
• Fructus Sorbi *)	10	35
• Gelatina alba	10	150
• Herba Alchemillae (vulgaris) (Ergb. 6)	10	70
• Herba Anserinae (Ergb. 6) ..	10	30
• Herba Bursae pastoris (Ergb. 6)	10	30
• Herba Hepaticae *)	10	105
• Herba Linariae (Ergb. 6)	10	35
• Herba Teucriti	10	40
• Herba Veronicae (Ergb. 6) ..	10	80
• Hydrargyrum bijodatatum (DAB. 6)	1	130
Hydrocortisonum acetylatum	0'1	810
Infusum Sennae comp. (DAB. 6)	10	90
Kalium-Natrium tartaricum ..	10	95
• Lignum Juniperi (Ergb. 6) ..	10	35
Magnesium chloratum (Ergb. 6)	10	70
Manna	10	310
• Mel (DAB. 6)	10	70
Natrium nitrosum	10	130
Oleum ad injectionem (Amygdalae)	10	355
• Oleum Amygdalae	10	300
• Oleum Crotonis (DAB. 6) ...	1	235
• Oleum Lauri	10	200
• Pericarpium Aurantii amari ..	10	135
Polyaethylenglycola	10	130
Pyrogallolum	1	110
• Radix Angelicae	10	105
• Radix Ebuli (Ergb. 6)	10	40
• Radix Graminis (Ergb. 6)	10	60
• Radix Iridis (pulv.) (DAB. 6)	10	125
• Radix Levistici	10	75
• Radix Petroselini (Ergb. 6) ..	10	140
• Radix Salep (pulv.)	1	190
• Radix Saniculae (Dentariae) *)	10	85
• Radix Taraxaci *)	10	65
• Radix Tormentillae	10	95
• Semen Cydoniae (Ergb. 6) ...	10	255
Sirupus Mannae (DAB. 6) ...	10	55
Sirupus Sennae cum Manna (DAB. 6)	10	55

	Gramm	Groschen
▪ Solutio Jodi jodica	10	15
Species ad Gargarisma (Ergb. 6)	10	115
▪ Species diureticae	10	70
▪ Species emollientes (DAB. 6)	10	100
▪ Species majales	10	90
Strobuli Lupuli (Ergb. 6)	10	110
•• Strychninum nitricum	0'01	5
Sulfonamide:		
Sulfadimidini Natrium	1	55
Sulfathiazolum	1	35
Sulfamezathine (R)	1	100
▪ Sulfur praecipitatum	10	30
Tinct. Angelicae (Ergb. 6) ...	10	95
▪ Tinct. Chamomillae	10	145
Ung. Lauri comp. (Ergb. 6) ..	10	125
▪ Ung. Leniens (DAB. 6)	10	230
Ung. Polyethylenglycoli	10	150

Artikel II.

Die Verordnung tritt mit 1. Jänner 1964 in Kraft.

Proksch

336. Kundmachung des Bundesministeriums für Unterricht vom 25. Oktober 1963 über die Rechtspersönlichkeit des Evangelischen Jugendwerks in Österreich.

Gemäß § 6 des Bundesgesetzes vom 6. Juli 1961, BGBl. Nr. 182, über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche wird kundgemacht:

Dem Evangelischen Jugendwerk in Österreich kommt gemäß § 4 Abs. 1 des zitierten Bundesgesetzes ab 26. Juli 1963 Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts zu.

Drimmel

337. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 19. Dezember 1963, mit der das Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) über das Europäische Sozialwissenschaftliche Koordinations- und Dokumentationszentrum in Wien verlautbart wird.

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT FEDERAL DE L'AUTRICHE ET L'ORGANISATION DES NATIONS UNIES POUR L'EDUCATION, LA SCIENCE ET LA CULTURE

CONSIDERANT

Que la Conférence générale de l'Unesco a adopté le 21 novembre 1962, au cours de sa 12^e session, un projet de résolution présenté conjointement par les délégations autrichienne, belge, hellénique, italienne, polonaise, tchécoslovaque, pour la création d'un « Centre européen de coordination de recherche et de documentation en sciences sociales » ci-après dénommé le Centre, établi avec l'aide de l'Unesco dans le cadre de son programme de participation aux activités des Etats membres et ayant pour objet de stimuler la recherche comparative entre pays européens;

Que le Gouvernement autrichien au cours de la 12^e session de la conférence générale de l'Unesco

(Übersetzung)

ABKOMMEN ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DER ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR ERZIEHUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR (UNESCO)

Die Österreichische Bundesregierung und die UNESCO haben

IM HINBLICK DARAUF,

daß die Generalkonferenz der UNESCO im Laufe ihrer 12. Tagung am 21. November 1962 einem Resolutionsentwurf zugestimmt hat, der gemeinsam von den österreichischen, belgischen, griechischen, italienischen, polnischen und tschechoslowakischen Delegationen vorgelegt wurde und der sich für die Schaffung eines Europäischen Sozialwissenschaftlichen Koordinations- und Dokumentationszentrums („Centre européen de coordination de recherche et de documentation en sciences sociales“) — im nachfolgenden das Zentrum genannt — aussprach, das mit Hilfe der UNESCO im Rahmen ihres Programms für die Beteiligung an der Tätigkeit der Mitgliedstaaten errichtet werden und die vergleichende Forschung unter den europäischen Staaten fördern soll;

daß die Österreichische Regierung während der 12. Tagung der Generalkonferenz der UNESCO

a sollicité l'aide de l'Unesco pour le Centre au titre du Programme de participation aux activités des Etats membres, tel qu'il figure dans le « Programme et Budget approuvés pour 1963-1964 »;

Que le Directeur général est autorisé à fournir une aide au titre du dit programme, conformément aux principes critères et conditions énoncés dans la résolution 12 C/7.21;

Que le Centre qui est établi à Vienne, Autriche, constitue, à titre transitoire, un organe du « Conseil international des sciences sociales » (CISS), organisation internationale nongouvernementale régie par le droit français dont le siège est à Paris;

Que ce Centre pourrait à l'avenir prendre la forme d'une organisation de caractère intergouvernementale dont les statuts seraient définis par les états participants;

Qu'un Comité de direction provisoirement chargé de la direction du Centre, sollicitera indépendamment de l'assistance accordée respectivement par le Gouvernement autrichien et l'Unesco, des contributions financières des gouvernements et des institutions intéressées aux activités du Centre.

IL EST CONVENU CE QUI SUIT:

ARTICLE I

En vertu de la résolution 12 C/3.421 l'Unesco fournira, durant l'exercice 1963-64, sous réserve des conditions énoncées dans la résolution 12 C/7.21, l'aide suivante au Centre: l'Unesco mettra à la disposition du CISS pour le Centre pendant l'exercice 1963-64, une somme s'élevant à 30.000 dollars des Etats-Unis, dont 10.000 dollars seront versés en espèces. Pour le surplus soit 20.000 dollars, l'aide consistera notamment en l'envoi de spécialistes ou consultants, l'octroi de bourses, la fourniture de matériel ou de documentation, des services de traduction et d'interprétation, la prise en charge des frais de voyage de participants à des réunions ou conférences, etc.

ARTICLE II

1. Le Gouvernement autrichien mettra à la disposition du CISS pour le Centre, pendant l'exercice 1963-64 une subvention financière en monnaie autrichienne s'élevant à l'équivalent de \$ 12.000 USA par an et assurera au Centre les facilités indispensables à son fonctionnement, sous forme de locaux ou autrement à titre gratuit, ou à des conditions aussi économiques que

die Unterstützung der UNESCO für das Zentrum auf Grund des Programms für die Beteiligung an der Tätigkeit der Mitgliedstaaten, wie es in dem genehmigten Programm und Budget für 1963—1964 angeführt ist, beantragt hat;

daß der Generaldirektor ermächtigt ist, auf Grund des erwähnten Programms gemäß den Grundsätzen, Kriterien und Bedingungen in der Resolution 12 C/7.21 Unterstützungen zu leisten;

daß das in Wien, Österreich, errichtete Zentrum vorübergehend ein Organ des Internationalen Sozialwissenschaftlichen Rates (CISS) und damit einer internationalen nichtstaatlichen Organisation, die der französischen Rechtsordnung unterstellt ist und deren Sitz sich in Paris befindet, darstellt;

daß dieses Zentrum in Zukunft die Form einer Organisation mit zwischenstaatlichem Charakter annehmen könnte, deren Statuten von den Teilnehmerstaaten bestimmt würden;

daß ein vorübergehend mit der Leitung des Zentrums beauftragter Leitungsausschuß unabhängig von der bereits von der Österreichischen Regierung einerseits und von der UNESCO andererseits zugesagten Unterstützung sich um finanzielle Beiträge von den an der Tätigkeit des Zentrums interessierten Regierungen und Institutionen bemühen wird,

NACHSTEHENDES VEREINBART:

ARTIKEL I

Auf Grund der Resolution 12 C/3.421 wird die UNESCO während der Budgetperiode 1963—64 vorbehaltlich der in der Resolution 12 C/7.21 angeführten Bedingungen folgende Unterstützungen für das Zentrum leisten: Die UNESCO wird dem CISS für das Zentrum während der Budgetperiode 1963—64 eine Summe in der Höhe von 30.000 US-Dollar zur Verfügung stellen, wovon 10.000 Dollar in bar ausgezahlt werden. Für die restlichen 20.000 Dollar wird die Unterstützung insbesondere in der Entsendung von Spezialisten oder Beratern, in der Zuerkennung von Stipendien, in der Bereitstellung von Material und Dokumentation, von Übersetzungs- und Dolmetscherdiensten, in der Übernahme der Reisekosten von Teilnehmern an Zusammenkünften oder Konferenzen etc. bestehen.

ARTIKEL II

(1) Die Österreichische Regierung wird dem CISS für das Zentrum während der Budgetperiode 1963—64 eine finanzielle Zuwendung in österreichischer Währung im Gegenwert von 12.000 US-Dollar jährlich zur Verfügung stellen und dem Zentrum die für seine Tätigkeit unerlässlichen Einrichtungen in Form von Räumlichkeiten oder auf andere Weise entweder kostenlos

possible. Le Gouvernement autrichien s'efforcera de susciter le versement au Centre d'une aide financière complémentaire émanant d'autres sources autrichiennes.

2. Le Gouvernement autrichien reconnaît au Centre le droit de tenir des réunions à son siège ou, de concert avec les autorités autrichiennes compétentes, en d'autres localités du territoire de la République d'Autriche. Les autorités autrichiennes prendront toutes les mesures appropriées au cas où ces réunions se tiendront en Autriche pour qu'aucun obstacle ne soit mis à la liberté des discussions et des décisions conformes aux objectifs du Centre.

3. Les autorités autrichiennes prendront toutes les mesures compatibles avec la législation autrichienne pour permettre l'entrée sur le territoire autrichien, la sortie de ce territoire et le séjour, de toutes personnes appelées en qualité officielle auprès du Centre.

ARTICLE III

Le Gouvernement autrichien du fait qu'il reçoit cette aide, accepte les conditions énoncées dans le présent contract ainsi que dans la résolution 12 C/7.21 et s'engage à les remplir.

ARTICLE IV

Le présent accord entrera en vigueur à la date de sa signature par les deux Parties Contractantes.

EN FOI DE QUOI, les représentants du Gouvernement Fédéral de l'Autriche et de l'Unesco, à ce dûment autorisés, ont signé le présent accord.

FAIT à Paris, le 4 Novembre 1963

Pour LE GOUVERNEMENT FEDERAL DE L'AUTRICHE:

M. Fuchs m. p.

Pour L'ORGANISATION DES NATIONS UNIES POUR L'EDUCATION, LA SCIENCE ET LA CULTURE:

R. Maheu m. p.

oder zu möglichst wirtschaftlichen Bedingungen sichern. Die Österreichische Regierung wird sich bemühen, zusätzliche finanzielle Zuwendungen aus anderen österreichischen Geldquellen für das Zentrum zu erreichen.

(2) Seitens der Österreichischen Regierung wird dem Zentrum das Recht zuerkannt, Versammlungen an seinem Sitz oder in Übereinstimmung mit den zuständigen österreichischen Behörden an anderen Orten des Gebietes der Republik Österreich abzuhalten. Die österreichischen Behörden werden bei solchen Versammlungen in Österreich alle geeigneten Schritte unternehmen, damit die Diskussions- und Resolutionsfreiheit, die mit den Zwecken des Zentrums in Einklang steht, nicht behindert wird.

(3) Die österreichischen Behörden werden alle mit der österreichischen Rechtsordnung in Einklang stehenden Maßnahmen treffen, um die Einreise nach Österreich und die Ausreise aus Österreich sowie den Aufenthalt aller Personen, die in dienstlicher Eigenschaft an das Zentrum berufen werden, zu ermöglichen.

ARTIKEL III

Mit der Annahme dieser Unterstützung nimmt die Österreichische Regierung auch die Bestimmungen dieses Abkommens sowie die Bedingungen der Resolution 12 C/7.21 an und sagt deren Einhaltung zu.

ARTIKEL IV

Dieses Abkommen tritt mit dem Datum seiner Unterzeichnung durch die vertragschließenden Teile in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die dazu gehörig bevollmächtigten Vertreter der Österreichischen Bundesregierung und der UNESCO dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Paris, am 4. November 1963

Für die ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG:

M. Fuchs m. p.

Für die ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR ERZIEHUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR:

R. Maheu m. p.

Dieses Abkommen ist gemäß seinem Artikel IV am 4. November 1963 in Kraft getreten.

Gorbach